SIP KÄRNTEN

Antragsmappe

1. SIP 2023/24

13. Dezember 2023

01. Antrag zur Abänderung der Geschäfts-ordnung

Antragsteller:in:
Kevin Stefan Kreuzwirt, BORG Althofen, Schulsprecher

Das Kärntner Schülerinnen- und Schülerparlament wolle beschließen:

- Wortmeldungen zur Geschäftsordnung während dem ganzen SIP
- Nennung von politischen Organisationen bzw. Parteien und Schülerorganisationen
- Erhöhung der möglichen Ordnungsrufe von zwei auf drei
- Festlegung Deutsch als Verhandlungssprache im Kärntner Schülerparlament in der Geschäftsordnung
- Streichung von §18 Abs. 3

Begründung:

In der Vergangenheit gab es immer wieder Probleme wegen einer unklaren und undurchsichtigen Geschäftsordnung. Um dies in den zukünftigen SIPs zu verhindern, ist es wichtig die GO zu reformieren. Durch Wortmeldungen zur GO, während dem ganzen SIP, kann man auch mögliche Verstöße eines Redners dem Vorsitzenden aufmerksam machen. Ein Parlament besteht aus Meinungen und Politiken, in dem es zur allgemeinen Gesprächskultur gehört, diese auch zu nennen. Einem Redner soll es nicht verboten werden, politische Organisationen, Parteien aber auch Schülerorganisationen zu bezeichnen. Die Kärntner SIP tagt im Kärntner Landtag. Demnach soll es auch die Geschäftsordnung des Landtages ehren und respektieren und ebenso Deutsch als Verhandlungssprache endlich in ihrer GO verankern. Sollte dies in Zukunft nicht eingehalten werden, ist dieses Handeln mit einem Ordnungsruf zu sanktionieren. Um auch keine Verfälschung der Absichten des Antragstellers, in welcher Form auch immer, zu erreichen, ist es wichtig, die eingebrachten Anträge in der Delegiertenmappe so wiederzugeben, wie dieser ihn auch eingebracht hat. Daher ist der Absatz 3 des Paragraphen 18 vollumfänglich aus der GO zu streichen.

02. EU bist auch du!

Antragsteller:in:
Laura Walter, BAfEP Kärnten, Schulsprecherin

Das Kärntner Schülerinnen- und Schülerparlament wolle beschließen:

- Aufklärung über Erasmus+ durch den:die Klassenvorständ:in im Unterricht
- An jeder Schule soll ein:e Europabeauftragte:r definiert werden, der:die Auskunft über diverse Fördermöglichkeiten seitens der EU gibt.
- Informationsmaterial in Form von mehrsprachigen Flyern für alle Schüler:innen

Begründung:

Ein komplexer Rechtskörper, der für viele von uns kaum greifbar ist. Eine politische Ebene, die wir ab 16 Jahren wählen können - die EU! Aber was macht die EU eigentlich? Genau das wissen die wenigsten!

Aber schließlich sind wir aller Teil von Europa und Teil dieses komplexen Körpers. Also wo, wenn nicht in der Schule, kann hier bereits Aufklärung geleistet werden, um Europa als Ganzes verstehen zu lernen.

Die meisten von uns haben vielleicht schon mal etwas von Erasmus+ gehört. Die wenigsten wissen allerdings, was eigentlich hinter diesem Programm steckt. Noch schlimmer sieht es in unseren Schulen aus, denn dort trifft man nur vereinzelt jemanden, die/der schon etwas über Erasmus+ weiß. Und das, obwohl dieses Programm der EU für uns Schüler:innen & unsere Zukunft so viel zu bieten hat.

Erasmus+ fördert die allgemeine und berufliche Bildung von uns Jugendlichen und ermöglicht es uns, leichter in einer Schule in einem anderen Land ein Auslandsjahr oder ein Praktikum machen zu können. Doch wie die Antragstellung genau funktioniert, weiß oft niemand und verlangt Interessierten eine stundenlange und mühevolle Recherche ab. Doch dagegen kann man etwas unternehmen.

Doch wie genau? Wir müssen gemeinsam den Schulen zeigen, dass dies ein Förderungsprogramm ist, welches viel zu sehr in den Schatten gestellt wird. Unsere Lehrer:innen sollen als direkte Informationsstelle wirken. Genau sie sind es nämlich, die Schüler:innen über Erasmus+ aufklären sollen. Des weiteren soll zum Beispiel mithilfe von Flyern an unseren Schulen dafür geworben werden. Denn dadurch erhält man einen direkten Einblick, wie das Programm funktioniert und umgeht das Problem, schon vor der Reise den Kopf in den Sand zu stecken.

03. Finanzbildung, weil unser Geld unsere Verantwortung ist.

Antragsteller:in:
Moritz Höfler, HAK 1 Klagenfurt, Landesschülervertretung Kärnten

Das Kärntner Schülerinnen- und Schülerparlament wolle beschließen:

- Verankerung von Lebenspraktischer Finanzplanung (Miete, Haushaltsrechnung, grundlegende Budgetierung)
- Grundkompetenz zum Geld- und Kapitalmarkt wie Veranlagungen oder Kredite
- Bearbeitung der wichtigsten Formulare und Anträge
- Grundsatze der Wirtschafts- und Finanzbildung in der Sek I und weiterführend in der Sek II

Begründung:

Die Bedeutung von Finanzbildung in unserer heutigen Gesellschaft kann nicht genug betont werden. Finanzbildung ist ein entscheidender Faktor für den individuellen Erfolg und das Wohlergehen eines jeden Menschen. Sie spielt eine grundlegende Rolle in allen Lebensbereichen und beeinflusst unsere finanzielle Gesundheit, unsere Entscheidungen und unsere Zukunft.

Eine solide Finanzbildung ermöglicht es Menschen, ein grundlegendes Verständnis für Geldmanagement, Investitionen, Schuldenabbau, Sparstrategien und finanzielle Planung zu entwickeln. Es hilft ihnen, ihre Einnahmen zu maximieren, ihre Ausgaben zu kontrollieren und intelligentere finanzielle Entscheidungen zu treffen. Ohne dieses Wissen können Menschen leicht in finanzielle Fallen geraten, Schulden ansammeln und sich in einer unsicheren finanziellen Lage wiederfinden.

Darüber hinaus trägt Finanzbildung zur Stärkung der Wirtschaft bei. Wenn die Bevölkerung besser über finanzielle Angelegenheiten informiert ist, können sie klügere Konsumentscheidungen treffen und langfristig zum Wachstum der Wirtschaft beitragen. Individuen mit einer soliden Finanzbildung sind auch besser in der Lage, ihr Geld anzulegen und in Unternehmen zu investieren, was wiederum Arbeitsplätze schafft und die wirtschaftliche Entwicklung fördert.

Ein weiterer entscheidender Aspekt der Finanzbildung liegt in ihrer Bedeutung für die Pensionsvorsorge. Es wird immer wichtiger, dass Menschen über das nötige Wissen verfügen, um ihre finanzielle Zukunft im Ruhestand zu sichern. Denn das Staatliche Pensionssystem steht sich einer stetig wachsenden Anzahl

von Pensionisten gegenüber, während die Anzahl von Einzahlern immer weiter sinkt. Oft fragt man sich wie soll man seinen eigenen Lebensabend finanzieren. Finanzbildung ermöglicht es ihnen, fundierte Entscheidungen über ihre Altersvorsorge zu treffen, die verschiedenen Optionen zu verstehen und die richtigen Strategien zu wählen. Sie lernen, wie sie ihre Ersparnisse aufbauen, Investitionen tätigen und eine langfristige finanzielle Sicherheit im Ruhestand gewährleisten können. Ohne Finanzbildung können Menschen Gefahr laufen, unzureichend für den Ruhestand vorzusorgen. Eine gute Finanzbildung ist daher von entscheidender Bedeutung, um eine solide Pensionsvorsorge aufzubauen und einen finanziell stabilen Lebensabend zu genießen.

Es ist auch wichtig zu beachten, dass Finanzbildung frühzeitig beginnen sollte. Die Integration von Finanzbildung in das Bildungssystem ermöglicht es jungen Menschen, von Anfang an ein grundlegendes Verständnis für Finanzthemen zu entwickeln. Dies hilft ihnen, gute finanzielle Gewohnheiten zu entwickeln und ermöglicht ihnen einen besseren Start ins Erwachsenenleben.

Insgesamt ist die Bedeutung von Finanzbildung unbestreitbar. Sie bietet Menschen die notwendigen Werkzeuge und Kenntnisse, um finanziell kompetent zu sein und ihre Ziele zu erreichen. Finanzbildung hat Auswirkungen auf individuelle Lebensqualität, Wirtschaftswachstum und die Gesellschaft als Ganzes. Indem wir in unsere eigene Finanzbildung investieren und die Bedeutung davon erkennen, können wir eine solide Grundlage für eine bessere finanzielle Zukunft schaffen.

04. Politische Bildung – Mal wieder.

Antragsteller:in:
Michael Griesser, HTL 1 Lastenstraße, Schulsprecher

Das Kärntner Schülerinnen- und Schülerparlament wolle beschließen:

- Politische Bildung als klar definierter und maßgeblicher Punkt im Lehrplan „Geschichte und Politische Bildung“.
- Vorbildungen für Lehrkräfte, wenn dies im spezifischen Fall als logisch erscheint.

Begründung:

Seit geraumer Zeit - soweit öffentlich nachvollziehbar seit 2018 - fordert das Schüler:innenparlament in jeder seiner Sitzungen ein zentrales Anliegen: „Politische Bildung“. Wie jede:r Schüler:in leider feststellen muss ist dies noch nicht umgesetzt, obwohl von allen Seiten, ob Lehrervertretung, Schülervertretung oder Politik, motivierende Rückmeldungen kommen. Die Gründe dafür sind unerheblich, eine Verbesserung ist jedenfalls gar nicht oder nur vereinzelt festzustellen.

Dieser Antrag richtet sich daher nicht unbedingt an die Landespolitik und deren Behörden, sondern an Sie, liebe Delegierte. Lehrplanänderungen unterliegen grundsätzlich der Hoheit des Bundes und obwohl auch dort dieser zentrale Punkt immer wieder diskutiert wird, mahlen die Mühlen der Verwaltung sehr langsam. Seit Jahren wird deshalb im Abstand von sechs Monaten darüber debattiert und abgestimmt, wie mit dem Thema politische Bildung umgegangen werden soll. Bisher haben die Delegierten meist mit 2/3-Mehrheit oder sogar einstimmig für den Antrag gestimmt. Es liegt also an uns, etwas zu verändern.
Ich möchte mit diesem Antrag auf ein wichtiges Element der Schulautonomie hinweisen. An sich ist die Schulautonomie etwas, was einer flächendeckenden Verbesserung auf Landesebene entgegensteht, aber sie hat auch ihre guten Seiten. Jeder von uns hat die Möglichkeit, die mangelhafte politische Bildung zu stärken - und zwar im SGA.

Analysiert man die umfassenden Kompetenzen des SGA - zu finden im §64 SchUG - so kann man folgendes entdecken:
§64 (2) Dem Schulgemeinschaftsausschuss obliegen neben den ihm durch andere gesetzliche Bestimmungen übertragenen Entscheidungsbefugnissen
1. die Beschlussfassung über
[...]

j) die Erlassung schulautonomer Lehrplanbestimmungen (§ 6 Abs. 1b und 3 Schulorganisationsgesetz)
[...]
Ich möchte Sie, liebe Delegierte, daher auffordern, in der nächsten SGA-Sitzung als Vertretung der Schüler:innen diese Punkte einzufordern und diese lange Zeit der unzureichenden politischen Bildung - in erster Linie an Ihrer Schule - zu beenden.

05. Digitale Mitschriften

Antragsteller:in:
Adrian Humer, HTL Mössingerstraße, Landesschülervertretung Kärnten

Das Kärntner Schülerinnen- und Schülerparlament wolle beschließen:

- Aus diesen Gründen fordern wir, dass Schüler*innen ab der 10.Schulstufe frei entscheiden dürfen, ob sie ihre Mitschrift digital (Laptop, IPad, etc.) oder analog anfertigen wollen.

Begründung:

Ich bin mir sicher, ihr habt das auch schon des Öfteren erlebt: euch fordert die Lehrperson auf, im Unterricht mitzuschreiben und ihr schreibt es auf einen Zettel, den ihr anschließend in der Schultasche verräumt. Nach einiger Zeit wollt ihr für eine Prüfung lernen und ihr bemerkt, dass ihr den Zettel verloren habt.

Lehrer legen einen sehr großen Wert auf händische Mitschriften, denn sie sind der Ansicht, dass man das Geschriebene auch gleich lernt. Allerdings ist dies in den meisten Fällen nicht der Fall.

Es gibt so viele Fälle, in denen wir Schüler:innen zwar alles mitnotieren, allerdings mit geringer Motivation. Das spiegelt sich dementsprechend sehr stark in unserem Schriftbild wider. Deswegen hat man dann auch öfter mal das Problem, dass man nicht mehr wirklich nachvollziehen kann, was man damals eigentlich damit gemeint hat.

Aber für das alles gibt es eine ganz simple Lösung!

Schüler:innen ab der 10. Schulstufe sollen die Möglichkeit bekommen, selbst darüber entscheiden zu dürfen, mit welchem Medium sie ihre Mitschrift anfertigen wollen. Ein großer Vorteil wäre, dass man alle Mitschriften ohne lange Suche verfügbar hätte. Wenn wir auch an das Berufsleben nach der Schule denken, wird in fast allen Berufen mit Computern oder Laptops gearbeitet. Aber auch bei den Schüler:innen würde das die Eigenverantwortung stärken, weil dann müssten sie selbst entscheiden, was sie im Unterricht mit ihren Laptops machen.

06. Ein Büro für die LSV Kärnten

Antragsteller:in:
Bernadette Krall, RG/ORG St. Ursula, 1. Stellvertreterin

Das Kärntner Schülerinnen- und Schülerparlament wolle beschließen:

- Räumlichkeiten für die LSV in Klagenfurt um dort Arbeiten die das Amt betreffen zu erledigen, als Lagerplatz für LSV-Materialien und als Anschrift für Post und Anliegen.

Begründung:

Das Amt als Landesschüler:innenvertreter:in ist eine ehrenamtliche Tätigkeit, die Jahr für Jahr von motivierten jungen Menschen ausgeführt wird. Bestmöglich versucht sich die LSV Kärnten für unsere Bildung einzusetzen und unsere Anliegen den politischen Vertreter:innen näherzubringen. Doch wo geschieht eigentlich die Arbeit im Hintergrund? Naja, für das Ausarbeiten unserer Veranstaltungen und um Sitzungen abzuhalten muss die LSV immer mühevoll nach Räumlichkeiten suchen und das kann es einfach nicht sein!

Es ist definitiv eine Ressourcenverschwendung, wenn sich die LSV mit Themen wie der Locationfindung auseinandersetzen muss und bei einem Anliegen keine Postadresse auffindbar ist. Und ratet mal, wo unsere Materialien gelagert sind? Wer es glaubt oder nicht - bei unserem BMHS- Landesschulsprecher zu Hause.

Fast lächerlich fühle ich mich dabei, heute hier stehen zu müssen und mit euch gemeinsam die wertvolle Zeit dieses Gremiums für eine so banale Sache verschwenden zu müssen. Doch die aktuelle Situation ist kein Zustand und das muss sich ändern! Das Ganze ist meiner Meinung auch eine Frage der Wertschätzung der Bildungsdirektion gegenüber der LSV und den engagierten Jugendlichen.

Sehr geehrte Schülervertreterinnen und Schülervertreter, unsere Anliegen müssen gehört und wir müssen respektiert werden, also bitte ich euch, diesen Antrag positiv abzustimmen, damit die LSV noch effektiver eure Anliegen vertreten kann und wir gemeinsam unser Bildungssystem revolutionieren können.

07. Weil Gewalt in keiner Form geduldet werden darf!

Antragsteller:in:
Anna Trattnig, BG/BRG Mössinger, Landesschülervertretung Kärnten

Das Kärntner Schülerinnen- und Schülerparlament wolle beschließen:

- Selbstverteidigungskurse mit freiwilliger Teilnahme für alle Schüler:innen der Sekundarstufe 1 & 2 in Kärnten
- Aufklärung & Enttabuisierung geschlechtsspezifischer Gewaltprävention & Aufklärung über verschiedene Formen von Gewalt
- Integration von geschlechtsspezifischen Perspektiven im historischen & aktuellen Kontext inklusive Bewusstseinsschaffung für Gleichberechtigung im Fach Geschichte & politische Bildung als Präventivmaßnahme
- Bereitstellung & Ausbau von Resssourcen, wie Anlaufstellen (Vertrauenslehrer:innen, Jugendchoaches, Schulpsycholog:innen), psychosozialer Unterstützung & Beratung

Begründung:

Liebe Delegierte, sehr geehrte Ehrengäste, geschätzte Zuhörer:innen, hohes Bildungssystem,

Der folgende Antrag wird sich mit einem sehr emotionalen und für viele Personen triggerndem Thema befassen. Ich spreche hier eine Trigger-Warnung für, speziell sexuelle, aber auch allgemeine Gewalt aus. Sollte diese Thematik euch zu nahe gehen oder dergleichen, möchte ich euch aus Respekt nun kurz den Rahmen geben darüber zu entscheiden, ob ihr diesen Antrag hören oder lieber gerne kurz den Raum verlassen würdet.

16,41% aller Frauen in Beziehungen sind von Gewalt betroffen.
26,61% aller Frauen haben Gewalt außerhalb von Beziehungen erlebt.
Stalking betrifft jede fünfte, sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz mehr als jede vierte Frau.
Drei von 4 Frauen (74,2% aller erwachsenen Frauen) geben an, schon einmal sexuell belästigt worden zu sein - man stelle sich nun die Dunkelziffer vor.
Alleine in diesem Jahr, und es ist noch nichtmal vorbei, gab es in Österreich 25 Feminizide.

Wie es diese Beispiele erläutern, gibt es viele Arten von Gewalt. Ob psychische, physische, sexuelle Gewalt oder jene Art von Vernachlässigung – keine dieser Varianten ist rechtzufertigen und schon gar nicht „okay“. Nun stellt

sich die Frage, wie denn der Begriff „Gewalt“ überhaupt definiert wird oder bis zu welchem Grad diese in Ordnung ist. Lasst mich ein schnelles, weiteres erscheckendes Beispiel bringen:

Nach mittlerweile 30 Jahren des gesetzlich verankerten Gewaltverbots in der Erziehung antworten noch immer lediglich die Hälfte der Befragten, dass eine gewaltfreie Erziehung die ideale Erziehungsform sei. Etwas mehr als ein Fünftel kann sich auch heute noch keine Erziehung ohne zumindest leichte körperliche Bestrafungen vorstellen und etwa ebenso viele sind der Meinung, dass auch manchmal drastische Mittel eingesetzt werden müssen.

Vollkommen logisch, dass es in gewissen Bereichen weniger Gewalt gibt, wenn diese nicht einmal, als die solche anerkannt wird. Und vollkommen logisch, dass sich Opfer nicht trauen über Gewalt zu sprechen, wenn diese entweder nicht anerkannt, normalisiert, tabuisiert oder ins lächerliche gezogen wird.

Man nimmt Opfern also die Möglichkeit, sich zu wehren und sich Hilfe zu holen. In den letzten Jahren gab es zwar viele Maßnahmen von Seiten der Politik zum Thema Gewalt, aber diese dürfen nicht am Weg ins Klassenzimmer einfach aufhören. Wir Schüler:innen brauchen die Möglichkeit, uns in kritischen Situationen zu verteidigen und wir haben das Recht zu wissen, was Gewalt und Missbrauch ist, wie diese aussehen kann und vor allem, wie man dagegen vorgehen kann.

Ich könnte jetzt noch weiter auf viele dergleiche Situationen eingehen oder Beispiele bringen, aber ich hoffe, diese alarmierenden Zahlen sind ausreichend, um die Dringlichkeit meines Antrags zu unterstreichen. Ob es für euch persönlich jetzt nur Zahlen sind oder die bittere Realität - Ich bitte euch, diesen Antrag anzunahmen, denn wir können es uns nicht leisten, solch relevanten Thematiken weiterhin mit Ignoranz entgegenzukommen und diese zu verschweigen. Solltet ihr gegen diesen Antrag sein, bin ich äußerst gespannt auf Gegenargumente.

08. Evaluierung der Ausrüstung an Berufsschulen

Antragsteller:in:
Ervin Stifter, HTL 1 Lastenstraße, Landesschülervertretung Kärnten

Das Kärntner Schülerinnen- und Schülerparlament wolle beschließen:

- Eine jährliche Inspektion der Fachräume und Geräteausstattung auf Mängel, Schäden, Fehlbestände und zeitgemäßen Stand durch geschultes Personal der jeweiligen Branche.
- Defekte Geräte, Fehlbestände oder neue Geräte, festgestellt durch die jährliche Inspektion, müssen zeitnah ersetzt bzw. bereitgestellt werden.
- Die Unterstützung der Bildungsdirektion Kärnten in Form von finanziellen Mitteln bei der Anschaffung dieser Erneuerungen.

Begründung:

Die Kärntner Berufsschulen besitzen bereits eine gute Ausstattung. Trotzdem gibt es vereinzelt Räumlichkeiten, welche nicht mehr zeitgemäß ausgerüstet sind. Das sind vor allem Labore und Fachräume, die eine spezielle Einrichtung benötigen. Hier kommt es vor, dass bei der Ausstattung kleinere Defekte oder Mängel vorhanden sind, wichtige Materialien bzw. Geräte fehlen oder diese veraltet sind und dringend erneuert werden müssen.

Dies kann den Unterricht teils sehr stark beeinflussen und den Lernerfolg bzw. den Umfang des Lernstoffs erheblich einschränken. Was es hier bräuchte, wäre eine von Fachexpert:innen durchgeführte Evaluierung des Ist-Standes (Inventarisierung) an allen Schulen und ein Ausblick, in welchen Bereichen etwas ergänzt, erneuert oder verändert werden muss.

Um eine gute Ausbildung aller Lehrlinge zu gewährleisten, ist es von höchster Wichtigkeit, dass die benötigte Ausrüstung an allen Schulen vorhanden, funktionsfähig und zeitgemäß ist, damit wir für eine gute Ausbildung aller garantieren können und auch weiterhin zu den Ländern mit den besten Berufsschulen gehören.

09. Demokratie – unser höchstes Gut

Antragsteller:in:
Felix Spielvogel, BG/BRG St. Martin, Schulsprecher

Das Kärntner Schülerinnen- und Schülerparlament wolle beschließen:

- Das Land Kärnten arbeitet in Zusammenarbeit mit der Bildungsdirektion ein Konzept für den oben angeführten vertiefenden Unterricht in „Politische Bildung“ aus.
- Die Bildungsdirektion verpflichtet alle Schulen im AHS, BMHS- und BS-Bereich, sowie Mittelschulen, dieses neue Konzept (in der Sekundarstufe zwei, in AHS und Mittelschulen auch in der Sekundarstufe 1) anzuwenden.
- Die Bildungsdirektion plant bei der Ausarbeitung dieses Konzepts ebenso die Einbindung von Experten ein.

Begründung:

Demokratie - unser höchstes Gut. Darauf basieren auch Werte und die staatsbürgerlichen Pflichten in der Republik Österreich. Wir alle wissen daher, wie wichtig es ist, diese ausreichend im Unterricht in der Sekundarstufe eins und zwei zu vermitteln. Leider zeigt die Realität jedoch, dass dies an einigen Schulen nur sehr unzureichend passiert. Es ist wichtig, nicht nur Theorie im Frontalunterricht zu vermitteln, sondern Schülern auch die Möglichkeit zu bieten, selbst durch interaktives Erarbeiten und in Diskussionen unsere Demokratie, ihre Werte und die daraus resultierenden Pflichten kennenzulernen. Was ist eine liberale Demokratie, Freiheit, welche (Grund-)Rechte haben wir, welche explizit als Schüler? Was kommen für Pflichten auf? Wieso ist unsere Neutralität so wichtig - wieso brauchen wir eine wehrhafte Demokratie? Warum sollten wir alle wählen gehen?

Daher ist es notwendig, Schulen mehr Werteinheiten zur Verfügung zu stellen, welche diese für einen vertiefenden Unterricht im Fach politische Bildung verwenden müssen, um unseren Schülern auf diese elementar wichtigen Fragen Antworten liefern zu können.

10. Antrag zur Förderung von digitalen Geräten für die Oberstufe

Antragsteller:in:
Martin Mundschütz, RG/ORG St. Ursula, Schulsprecher

Das Kärntner Schülerinnen- und Schülerparlament wolle beschließen:

- Eine Förderung von digitalen Geräten für alle Oberstufenschüler.

Begründung:

In der Unterstufe werden schon digitale Endgeräte zur Verfügung gestellt, obwohl diese, vor allem in den niedrigeren Schulstufen, kaum bis gar nicht verwendet werden. Die Oberstufe würde solche Geräte dringend brauchen und es wäre auch fürs Studium von Vorteil. Einige Schüler:innen benutzen solche Geräte schon, jedoch wurden diese selbst bezahlt und bei vielen scheitert es oft bei der Finanzierung ihrer digitalen Endgeräte.

Der Einsatz digitaler Endgeräte in der Schule ist wichtig, weil sie den Zugang zu einer Vielzahl von Bildungsressourcen und modernen Lehrmethoden ermöglichen. Durch den Einsatz von Tablets, Laptops oder anderen digitalen Werkzeugen können Schülerinnen und Schüler auf Online-Bibliotheken, interaktive Lernmaterialien und multimediale Lehrmittel zugreifen. Dies fördert nicht nur ein ansprechenderes Lernumfeld, sondern ermöglicht auch individualisiertes Lernen und die Entwicklung von digitalen Kompetenzen.

Darüber hinaus bereitet der Einsatz digitaler Endgeräte die Schülerinnen und Schüler besser auf die Anforderungen der modernen Arbeitswelt vor, in der digitale Fähigkeiten von entscheidender Bedeutung sind. Die Integration von Technologie in den Unterricht fördert auch effizientes Arbeiten, Organisation und Zusammenarbeit, da sie den Austausch von Informationen und die Kommunikation zwischen Schülerinnen und Schülern sowie Lehrerinnen und Lehrern erleichtert. Insgesamt können digitale Geräte dazu beitragen, die Qualität der Bildung zu verbessern und Schülerinnen und Schüler besser auf die Anforderungen ihrer Zukunft vorzubereiten.

11. Umweltbewusstsein fördern, aber mit Hausverstand

Antragsteller:in:
Kai Sonntag, EUREGIO HTBLVA Ferlach, 1. Stellvertreter

Das Kärntner Schülerinnen- und Schülerparlament wolle beschließen:

- Verordnung zu einer verpflichtenden Mülltrennung an Schulen
- Schulen sollen sich autark mit Strom versorgen können (Photovoltaikanlagen auf den Schuldächern oder entlang der Hausfassade)
- Workshops zum Thema „Umweltbewusstsein schaffen“ an Volksschulen und Unterstufen

Begründung:

In der heutigen Zeit ist der Umweltschutz zu einem Kernthema unserer Gesellschaft herangewachsen. Besonders deswegen, weil es den Menschen immer mehr am Herzen liegt, ihre Heimat zu bewahren. Für diese Menschen gilt: Wer seine Heimat liebt, schützt die Umwelt. Obwohl bereits viele Menschen nach diesem Prinzip leben, ist die Botschaft leider noch nicht bei allen angekommen. Es gibt nämlich immer noch einige Leute, denen ihre Umwelt herzlichst egal ist. Aus diesem Grund ist es die Aufgabe des Bildungssystems, den Schülern die Grundlagen des Umweltschutzes näherzubringen. So soll auch die nächste Generation das nötige Umweltbewusstsein entwickeln, damit unsere Heimat erhalten bleibt.
Zur Verbesserung des Umweltbewusstseins von Schülern darf die Schule nicht nur darüber reden, wie wichtig Umweltschutz ist, sondern auch vorzeigen, wie er funktioniert. Wenn es im Bildungsumfeld üblich ist, z.B. den Müll zu trennen und einen besseren Umgang mit dem Strom zu haben, so ist es zu erwarten, dass sich die Jugendlichen diese Attribute im Laufe ihres Schulbesuchs für die Zukunft aneignen.

12. Schüler:innen helfen Schüler:innen

Antragsteller:in:
Marlene Jakobs, Europagymnasium Klagenfurt, Schulsprecherin

Das Kärntner Schülerinnen- und Schülerparlament wolle beschließen:

- Die Einrichtung von Schüler:innen helfen Schüler:innen in allen Schulen Kärntens
- Eine Kampagne, die die Schüler:innen über ihre Teilnahmemöglichkeit aufklärt.

Begründung:

Ich wende mich an euch, um einen Antrag zur Einführung eines Schülers helfen Schülern-Programms im Kärntner Schulumfeld zu unterbreiten. Das Europagymnasium Klagenfurt hat bereits vor einigen Jahren erfolgreich ein solches Konzept eingeführt, das sich als äußerst wirksam erwiesen hat und als mögliche Lösung für Herausforderungen im Bereich der Nachhilfe dienen kann.

Die Problematik, vor der viele Schülerinnen und Schüler stehen, wenn sie in einem Fach Schwierigkeiten haben, besteht darin, qualifizierte Nachhilfe zu finden. Häufig sind die Kosten prohibitiv hoch, die Zeiten zu unflexibel oder andere Hindernisse erschweren den Zugang zu professioneller Unterstützung. Aus diesem Grund wurde am Europagymnasium Klagenfurt das Konzept Schüler helfen Schülern entwickelt.

Das Prinzip dieses Programms beruht auf der Idee, dass Schülerinnen und Schüler höherer Schulstufen ihren Mitschülern in bestimmten Fächern, wie zum Beispiel Mathematik oder Englisch, Nachhilfe anbieten. Als Gegenleistung erhalten die Nachhilfelehrer von den Schülern am Ende der Stunde eine Gebühr von 10€ oder einen zuvor festgelegten Betrag. Diese Form der Nachhilfe bietet viele Vorteile gegenüber konventionellem Nachhilfeunterricht.

Ein wesentlicher Aspekt dieses Programms ist die gegenseitige Hilfe und Unterstützung. Sowohl die Schüler, die die Nachhilfestunden besuchen, als auch die Nachhilfelehrer profitieren davon. Die Nachhilfelehrer gewinnen wertvolle Erfahrungen im Vermitteln von Wissen und haben die Möglichkeit, bereits gelernten Unterrichtsstoff wieder zu entdecken. Darüber hinaus können sie oft aus persönlichen Erfahrungen berichten, da sie dieselbe Schule besuchen und möglicherweise sogar dieselben Lehrkräfte haben.

Die erfolgreiche Implementierung von "Schüler:innen helfen Schüler:innen" führt zu einer stärkeren Schulgemeinschaft, in der sich die Schülerinnen und Schüler gegenseitig unterstützen und voneinander lernen. Dies fördert nicht nur den Wissensaustausch, sondern stärkt auch den sozialen Zusammenhalt innerhalb der Schule.

13. Stärkt das generische Maskulinum

Antragsteller:in:
Simon Bacher, BORG Althofen, 2. Stellvertreter

Das Kärntner Schülerinnen- und Schülerparlament wolle beschließen:

- Die Abschaffung gegenderter Texte in Schulbüchern
- Die Entscheidungsfreiheit über persönliche Nutzung gendergenormter Sprache

Begründung:

Die Auswüchse der Gender-Ideologie in Schulbüchern werden mittlerweile auch in den Bildungseinrichtungen immer vermehrt sichtbar. Mit gezielten Vorgehensweisen, wie diesen, wird der explizite Versuch unternommen, den österreichischen Bürger zu indoktrinieren und schließlich dazu zu bringen, die neue Norm anzunehmen, ohne je ein kritisches Wort zu äußern. Ein sinnerfassendes Verstehen von zu übertriebenem Ausmaß gegenderten Sätzen ist gerade für junge Schüler, deren Textverständnis freilich noch ziemlich eingeschränkt ist, beinahe unmöglich. Ein Beispiel aus einem Schulbuch illustriert dieses Problem augenscheinlich:

„Arbeitet nun zu zweit. Lest den rechtsstehenden Text (S.7) folgendermaßen: Eine/r Zuhörer/in, der/die andere ist Vorleser/in. Eine/r liest den Abschnitt vor, der/die Zuhörer/in fasst das Gehörte zusammen. Der/die Vorleser/in muss angeben, ob die Zusammenfassung richtig war."

Angesichts dieses Fallbeispiels stellt sich die Frage, ob derartige Formulierungen mit den staatlich vorgegebenen Bildungs- und Unterrichtszielen überhaupt zu vereinbaren sind.
Insbesondere Kinder mit nicht-deutscher Muttersprache werden dabei oft vor enorme Verständnisprobleme gestellt, was sich letztlich negativ auf das Unterrichtsniveau aller Schüler auswirkt.
Der Staat kann also gar nicht anders, als seine Vorschriften zur geschlechterneutralen Sprache zu überdenken, da der aktuelle Stand der Regelung augenscheinlich nur dazu bestimmt ist, Probleme zu schaffen.

14. Förderung von Mehrsprachigkeit im AHS-Bereich

Antragsteller:in:
Nina Struger, Peraugymnasium, 1. Stellvertreterin

Das Kärntner Schülerinnen- und Schülerparlament wolle beschließen:

- Die Förderung von Sprachaustauschprogrammen sowie das verpflichtende Angebot für die Cambridge Prüfung.
- Über weitere Möglichkeiten wie „English in action“ sollte aufgeklärt werden, genauso wie die Möglichkeit, mehrsprachige Kurse zu besuchen.

Begründung:

Dieser Antrag wurde entwickelt, um den SchülerInnen eine umfassende und international ausgerichtete Bildung zu ermöglichen. Die Fähigkeit, mehrere Sprachen zu beherrschen, ist ein essenzieller Skill, den SchülerInnen nicht nur beherrschen sollen, um sich auf die Anforderungen einer globalen Gesellschaft vorzubereiten, sondern auch, um im globalen Arbeitsmarkt Fuß fassen zu können. Kärnten liegt zusätzlich in unmittelbarer Nähe zur Grenze zu Italien und Slowenien, wodurch wir eine einzigartige Möglichkeit haben, die kulturelle Vielfalt und die Sprachenvielfalt in unserem Bildungsumfeld zu nutzen. Man sollte Fremdsprachen nicht nur auswendig lernen, um sich am Tag der Schularbeit zu beweisen. Wichtig ist, dass man einen Bezug zur Sprache bekommt. Dieser persönliche Bezug ist oft ein Schlüsselfaktor für langfristige Sprachkompetenz.

Wir schlagen vor, mehrsprachige Kurse zu implementieren und Sprachaustauschprogramme zu fördern. Das Angebot für die Cambridge Prüfung soll kärntenweit verpflichtend werden. Genauso ist ,,English in action“ eine weitere Möglichkeit für SchülerInnen ihr Englisch zu verbessern. Hier haben sie die Möglichkeit, eine Woche lang im Unterricht, Englisch zu sprechen und das mit einem Native Speaker. Viele Schulen kennen dieses Angebot nicht und sollten deshalb über die Möglichkeiten in diesem Bereich aufgeklärt werden.

15. Toilettenpolitik – aber normal!

Antragsteller:in:
Felix Neubauer, EUREGIO HTBLVA Ferlach, Schulsprecher

Das Kärntner Schülerinnen- und Schülerparlament wolle beschließen:

- Abschaffung und Verbot von geschlechtsneutralen Toiletten an den Kärntner Schulen

Begründung:

Seit im 2. Kärntner Schülerparlament 2021 der linke Antrag zu geschlechtsneutralen Toiletten angenommen wurde, hat sich an den Schulen vor Ort viel getan. Oft wurden solche Toiletten schulintern eingerichtet und zur Verfügung gestellt. Gleichermaßen oft wurden aber nach kurzer Benutzungszeit diese wieder von den Schulen intern abgeschafft, da sie weder einen Zweck erfüllten noch von der Mehrheit der hiesigen Schüler gewollt waren. Dieser Versuch des Aufzwingens der „Linken Bubble“ ist katastrophal in Kärnten gescheitert und so soll nun auch das Kärntner Schülerparlament diese Mehrheitsentscheidung akzeptieren und zustimmen.

16. Demokratisierung der LSV/BSV Wahlen

Antragsteller:in:
Pius Erharter, BRG St. Veit, Schulsprecher

Das Kärntner Schülerinnen- und Schülerparlament wolle beschließen:

- Einführung der Direktwahl der Landes- und Bundesschüler_innenvertretung von allen Schüler_innen der Sekundarstufe II
- Aufklärung über die Landes- und Bundesschüler_innenvertretung und ihr Wahlsystem im Unterricht

Begründung:

Jährlich gegen Ende des Schuljahres finden die Wahlen zur Landesschüler_innenvertretung statt. Die Landesschüler_innenvertretung ist die gesetzlich verankerte und demokratisch gewählte, Vertretung aller 70500 Schüller_innen Kärntens. Die Bundesschüler_innenvertretung ist dies sogar auf Bundesebene. Doch den aller meisten Schüler_innen ist die Landes- und Bundesschüler_innenvertretung kein Begriff. Die wenigsten Schüler_innen kennen ihre eigene Vertretung. Und das hat meiner Meinung nach hauptsächlich einen Grund: das Wahlsystem. Denn im jetztigen Wahlsystem sind nur die Schulsprecher_innen wahlberechtigt. Und so wählen jährlich nur einige Dutzend Personen die Vertretung von über 70000. Und das hat in dieser Form auch nichts mehr mit repräsentativer Demokratie zu tun. Das jetzige Wahlsystem ist ungefähr so, als würden die Bürgermeister_innen der jeweiligen Gemeinden alleine den Landtag wählen; zurecht unvorstellbar! Deswegen braucht es unbedingt die Direktwahl der Landes- und Bundesschüler_innenvertretung um ihr Bekanntheit und damit gleichzeitig auch die Legitimation und Relevanz zu verleihen die sie verdienen!

17. Mental Health geht uns alle an!

Antragssteller:in:
Maya Rischawy, BG/BRG für Slowen:innen, Landesschülervertretung Kärnten

Das Kärntner Schülerinnen- und Schülerparlament wolle beschließen:

- Drastische personelle Aufstockung der Schulpsychologie, um den aktuellen Anforderungen gerecht zu werden
- Zielgruppenspezifische Aufklärungskampagne über psychische Gesundheit, um die Endtabuisierung von psychischen Krankheiten voranzutreiben
- Schulautonomes Budget für Personal, um die größtmögliche Flexibilität und Individualität zu ermöglichen

Begründung:

Der Stressfaktor des Schulaltages ist eine leicht zu beweisende Tatsache.

Seit der Covid-19 Pandemie hat sich die Häufigkeit depressiver Symptome, Angstsymptome und von Schlafstörungen verfünft- bis verzehntfacht. Mehr als jedes zweite Mädchen weist zumindest eine mittelgradige depressive Symptomatik auf.

Eine Schulpsycholog_in ist in Kärnten durchschnittlich für die Betreuung von elf Schulen zuständig, was eine kontinuierliche, tiefgehende Betreuung unmöglich macht. Mit der aktuellen Lage lassen sich diese Zahlen nicht vereinbaren. Durch die Überforderung der Psycholog_innen ist auch die Qualität der Betreuung stark beeinträchtigt. An manchen Standorten finden nur alle zwei Wochen Sprechstunden statt oder die Schüler*innen müssen gar zum Schulpsychologiestandort anreisen. Dies stellt zusätzlich eine enorme Hürde für eine kontinuierliche Begleitung dar. Aber nicht nur von Seiten der Schüler_innen kommt Kritik: Auch Schulpsycholog_innen fordern mehr Personal, um mit den Anfragen zurechtzukommen.

Nicht immer liegt es nur am fehlenden Angebot: Die Tabuisierung psychischer Probleme und die daraus resultierenden fehlenden Informationen hindern viele Schüler*innen dabei ihre Probleme ernst und Hilfe in Anspruch zu nehmen.

Nicht jeder Schulstandort hat dieselben Bedürfnisse. Die Schulen sind jedoch alle in dasselbe System eingebettet, was keinen Raum für individuell angepasste Angebote zulässt. Dies würde eine Reaktion auf aktuelle Entwicklungen vor Ort ermöglichen

Denn eine Sache ist klar: Die Belastungsgrenze der Jugendlichen ist weit überschritten. So kann es nicht weitergehen. Auch klar ist, dass die jetzige Situation nicht mehr nur eine gesundheitliche Krise ist, sondern auch eine Bildungspolitische.

18. Sicher im Notfall handeln: Antrag auf einen alljährlichen verpflichtenden Erste-Hilfe-Auffrischungs-Kurs für alle Oberstufen

Antragssteller:in:
Emma Raunegger, BRG St. Veit, 2. Stellvertreterin

Das Kärntner Schülerinnen- und Schülerparlament wolle beschließen:

- Einbringung der Thematik „Erste-Hilfe“ in den Regelunterricht
- Erste- Hilfe Auffrischungskurse (4h) ein Mal pro Jahr für alle Oberstufen

Begründung:

Unfälle und Notfälle sind unvorhersehbar. Sie können immer und überall auftreten, egal ob in der Schule oder im Alltag. Die Schule soll uns auf unser späteres Leben vorbereiten, also lasst uns die Schülerinnen und Schüler noch besser darauf vorbereiten, in Notfallsituationen angemessen zu handeln. Mit aktuellen Erste-Hilfe-Kenntnissen geht dies am einfachsten. Ein (für viele Schülerinnen und Schüler) einmaliger Erste-Hilfe-Kurs in der ersten Oberstufe kann kaum so wirksam sein wie ein regelmäßiger Umgang in diesem Gebiet. Er ermöglicht den Schülerinnen und Schülern, ihre Kenntnisse in lebensrettenden Maßnahmen zu festigen, damit sie in Notfallsituationen schneller und effektiver reagieren können. Zudem sind Erste Hilfe Kenntnisse nicht nur im Alltag wichtig, sondern können auch die beruflichen Perspektiven der Schülerinnen und Schüler verbessern, da Arbeitgeber Mitarbeiter mit solchen Qualifikationen schätzen. Außerdem, was sind schon 4 Stunden, die unser aller Leben ein Stück sicherer machen, im Vergleich zu den vielen restlichen Stunden, die wir in einem Schuljahr leisten müssen.

19. Verpflichtende Herbstferien? Nein, danke!

Antragssteller:in:
Tobias Sacherer, CHS Villach, Schulsprecher

Das Kärntner Schülerinnen- und Schülerparlament wolle beschließen:

- Abschaffung der „indirekt“ verpflichtenden Herbstferien
- Erleichterung des Entscheidungsprozesses in puncto Herbstferien

Begründung:

Der Grundgedanke von Herbstferien scheint prinzipiell kein Schlechter zu sein. Jedoch wird dieser Gedanke oftmals nicht zu Ende gedacht. Der Lernstress, der Schüler:innen sowieso schon zum Rande der Verzweiflung bringt, wird durch eine zusätzliche freie Woche mitten in der Schularbeiten- und Testphase nur noch mehr verstärkt und der Lernfluss, der in dieser Zeit gerade erst richtig angefangen hat, komplett unterbrochen. Des weiteren sind viele Schüler:innen in den Herbstferien gezwungen, vermehrt Zeit in ihre schulischen Aktivitäten zu investieren, um den Anforderungen gerecht zu werden. Dies wirkt sich negativ auf ihre Erholung aus und vermindert den eigentlichen Zweck der Ferien. Statt die freie Zeit für Entspannung und Regeneration nutzen zu können, werden die Schüler:innen zusätzlich belastet.

Ein weiteres Problem, welches für Schüler:innen der Oberstufe kein allzu großes Problem darstellt, aber für die Kleineren sehr wohl relevant ist, sind die Schwierigkeiten der berufstätigen Eltern. Viele Erwachsene verbrauchen ihr Kontigent an Urlaubstagen im Jahr schon in den Sommerferien und müssen daher für ihre Kinder in den Herbstferien eine andere Betreuung suchen, welche wiederrum mit - teilweise hohen – Kosten verbunden ist.

Die Bildungsdirektion bietet zwar die Möglichkeit, Schulen individuell entscheiden zu lassen, ob Herbstferien an der jeweiligen Bildungsanstalt durchgeführt werden oder eben nicht, dieser Amtsweg ist allerdings voll von Bürokratie und obendrein sehr aufwendig. Eine vereinfachte und flexiblere Lösung könnte dazu beitragen, den Bedürfnissen der Schulgemeinschaft besser gerecht zu werden und eine effizientere Gestaltung des Schuljahres zu ermöglichen. Es wäre wünschenswert, den Entscheidungsprozess zu erleichtern und Schulen die Möglichkeit zu geben, auf die individuellen Bedürfnisse ihrer Schüler:innen angemessen zu reagieren.

20. Schule ohne Schmerzen

Antragssteller:in:
Adele Krassnig, CHS Villach, 1. Stellvertreterin

Das Kärntner Schülerinnen- und Schülerparlament wolle beschließen:

- Medizinische Fachkräfte den ganzen Schultag lang anwesend und auffindbar
- Lohnerhöhung für medizinische Fachkräfte, um dem Ärztemangel entgegenzuwirken und die Attraktivität des Berufs zu erhöhen

Begründung:

Der ein oder andere kennt es – ein Unglück passiert im Unterricht und man sucht der:die Schulärzt:in auf. Sei es ein Schnitt durch die doch recht scharfen Papierseiten eines Schulbuches, Übelkeit oder die meist monatliche Menstruation - Jeder von uns musste schon einmal aufgrund von Unwohlsein den Unterricht verlassen. Als wären Schmerzen nicht schon schlimm genug, passiert es oft genug, dass der:die zuständige Schulärzt:in nicht im Schulgebäude ist. Was tun?

Nun, um ehrlich zu sein, sollte ein Besuch im Sekretariat oder Lehrer:innenzimmer auf der Suche nach einem Pflaster oder einer Wärmeflasche, vielleicht auch einem Coolbag, nicht nötig sein. Aus eigener Erfahrung kann ich sagen, dass öfters niemand da war, wenn ich jemanden gebraucht habe, als dass mir tatsächlich eine Fachkraft zur Seite stehen konnte. Und nicht nur mir geht es so. Viele Mitschüler:innen beschweren sich darüber, dass unsere zwei Schulärztinnen, die im Schichtwechsel arbeiten, nur vormittags im Haus sind und teilweise auch zu den angegebenen Zeiten nicht in ihrem Raum sind. Auch nach weiterer Recherche konnte ich darauf schließen, dass unsere Schule nicht allein damit ist. In vielen Schulen Kärntens herrscht das Problem, dass medizinische Fachkräfte meist nur vormittags anwesend sind und somit zu späteren Zeiten, wenn manche Schüler:innen vielleicht auch unkonzentrierter arbeiten und sich leichter verletzten können, nicht anwesend sind. Dabei ist es wichtig zu erwähnen, dass es nicht reicht, Ersthelfer:innen oder Lehrpersonal mit Erste-Hilfe-Ausbildung im Klassenraum zu haben. Ärztliche Versorgung darf und muss nicht zur Debatte stehen!

Doch wie sollen wir das umsetzen? Der Ärztemangel ist nichts Neues und dem entgegenzuwirken ist nicht so einfach, wie man es sich vielleicht erträumt. Dennoch wäre eine Lohnerhöhung für medizinisches Personal einerseits ein Weg, um dem Ärztemangel entgegenzuwirken, und andererseits eine Sicherheit des Fortbestandes von medizinischer Versorgung, beispielsweise eben an Bildungsanstalten. Laut der offiziellen Website des Bundesministeriums sind Schulärzt:innen entweder für Allgemeinmedizin ausgebildet oder als Fachärzt:in für

Kinder- und Jugendheilkunde. Im Jahr 2022
waren 11.394 Ärzt:innen österreichweit Allgemeinmediziner und im Jahr 2019 waren 1559 Fachärzt:innen auf Kinder- und Jugendheilkunde spezialisiert, so zumindest „Statista“ und „praktischArzt“.

Deshalb wäre es mir ein Anliegen, den Lohn für medizinisches Personal zu erhöhen, um mehr Menschen für eine Ausbildung im medizinischen Bereich zu motivieren und dass kompetente Fachkräfte den ganzen Schultag lang anwesend und auffindbar sein müssen. Immerhin ist es besser, vorsichtig als nachsichtig zu sein.